

**Pressemitteilung, 05. Mai 2015**

**Fraktionsausschluss als unbegründet zurückgewiesen:  
Nadia Rouhani mit neuem Status als Grüne Kraft in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf**

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vollzog in ihrer gestrigen Sitzung meinen Ausschluss als Fraktionskollegin. Zu dieser gegen mich persönlich gerichteten Massnahme gibt es weder einen aktuellen Anlass noch habe ich gegen das Parteiprogramm oder die Zählgemeinschaftsvereinbarung verstoßen. **Deswegen weise ich den Ausschluss als unbegründet zurück!** Ich habe mein Mandat im Sinne des Wählerauftrages wahrgenommen und dabei stets meine gesetzliche Aufgabe als Bezirksverordnete erfüllt.

Ein Fraktionsausschluss stellt in der **Grün-Alternativen Parteigeschichte** Berlins ein singuläres Ereignis dar. So etwas hat es bisher nicht gegeben. Hintergrund für diese Massnahme: Die Grünen-Fraktion hält es für unzumutbar, dass ich eine von der Fraktionslinie abweichende Haltung vertrete im Zusammenhang mit dem bezirkspolitischen Dauerthema der laufenden Wahlperiode, dem Streit um ein von der Groth-Gruppe auf dem Grundstück der Schmargendorfer Kleingartenkolonie Oeynhausen geplantes Immobilienprojekt.

Statt innerhalb der Fraktion eine politische Willensbildung und fortlaufende Sachverhaltsaufklärung zu diesem **ungelösten Problem der Berliner Politik** aktiv und unter Einbeziehung der Parteibasis zu betreiben, wofür ich weiter werbe, will sich die Fraktion jetzt des Problems entledigen, indem sie mich als „**Abweichlerin**“ aus ihren Reihen verbannt.

Dabei stehe ich als engagierte und profilierte Bezirksverordnete auf dem Boden des Grünen Wahlprogramms und verfolge dabei die Ziele der von mir im Herbst 2011 mitverhandelten rot-grünen Zählgemeinschaftsvereinbarung. Seit dem erfolgreichen Bürgerentscheid zum Erhalt der Kolonie Oeynhausen vom Mai 2014 weiß ich mich dabei in **Übereinstimmung mit 77,02%** der abstimmenden Wählerinnen und Wähler im Bezirk.

An der **Grünen Parteibasis** macht sich Unmut über den Fraktionsausschluss einer glaubwürdigen Repräsentantin Grüner Politik im Wege einer „mit bürokratischen Mitteln“ erzwungenen Disziplinarmaßnahme breit. Es sei doch „demokratisch grün“, ist im Forum der aktiven Parteimitglieder zu lesen, so wie „Nadia ohne Rücksicht auf Unbequemlichkeiten wesentliche Ziele zu verfolgen“. Auch seien „Ausschluss und Ungnade Merkmale von Gruppierungen, die wir Grüne doch überwinden“ wollen.

**Fakt ist:** Es geht bei allem auch um die grüne Positionierung gegenüber dem bezirklichen Zählgemeinschaftspartner SPD, zu dem sich die Grünen auf Landesebene in Opposition befinden. **Ich stehe für ein eigenständiges Grünes Profil**, einen nüchternen Blick auf die Zählgemeinschaft mit der SPD und eine ihre Rechte aktiv wahrende BVV gegenüber dem Bezirksamt. Kommunalpolitisch habe ich wiederholt gezeigt, wie das geht: Durch die Aufdeckung geheimer Absprachen zwischen BMW und Senatskanzlei zur Schließung des Flüchtlingsheimes in der Rognitzstraße (Dezember 2013), in fortlaufender Sachverhaltsaufklärung und im politischen Widerspruch zu Baustadtrat Marc Schulte (SPD) beim Dauerbrenner Oeynhausen (seit 2012), zuletzt bei der Frage der Vergabe der Stadtteilzentren.

Nach dem Fraktionsausschluss werde ich mein Mandat in Charlottenburg-Wilmersdorf mit **ungebrochenem Engagement fortführen**. Ich werde die politischen Möglichkeiten, die das Mandat im Hinblick auf die Mitgestaltung im Bezirk bietet, ausschöpfen. Dabei bin ich mir der Unterstützung aus der eigenen Parteibasis sicher – und die vielfältigen **Initiativen aus der zivilgesellschaftlichen Mitte** des Bezirks: z.B. in Sachen Cornelsen-Wiese und Seesener Straße, aber auch die in den Stadtteilzentren oder Flüchtlingsheimen aktiven BürgerInnen können sich darauf verlassen, dass ich ihre Anliegen in der BVV zur Sprache bringe.

Zu der von der Fraktion vorgelegten Begründung des Fraktionsausschlusses ist zu sagen: Ein konkreter Anlass für diese Massnahme wird nicht genannt. Die Fraktion muss sich vielmehr die Frage gefallen lassen, wieso eine Integration meiner in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung der Parteibasis sowie 77,02% der WählerInnen des Bezirks vertretenen Positionen nicht stattgefunden hat. **Seit wann wären Ausgrenzung und bürokratische Disziplinierung innergrün akzeptable Mittel der Politik?**

Die Ausschlussbegründung weise ich in einer ausführlichen Stellungnahme in der Sache Punkt für Punkt und insgesamt als unbegründet zurück. **Ob der Ausschluss vor diesem Hintergrund rechtlich Bestand haben wird, ist zweifelhaft.**

Diese Stellungnahme und wie es weitergeht, kann die Öffentlichkeit ab heute auch auf der neuen **Internetpräsenz [www.nadia-rouhani.de](http://www.nadia-rouhani.de)** einsehen.

**Rückfragen bitte an Nadia Rouhani, 0172/7833949**